



## **Bewertung der Forderungen des Jugendlandtags**

### **Workshop 1 – Klima und Nachhaltigkeit**

#### **Zu Ziffer 1:**

Wir Freie Demokraten wollen eine hohe Qualität der angebotenen Gerichte und eine Angebotsvielfalt, die auch fleischlose Gerichte vorhält, in den landeseigenen Betrieben. Dies darf aber nicht mit Quoten verwechselt werden, die bevormundend wirken können. Derartige Vorgaben machen die Mahlzeiten nur teurer, aber keineswegs auch qualitativ besser.

#### **Zu Ziffer 2:**

Der einseitige Fokus auf Windenergie ist energiepolitisch falsch und die geringe Windhöufigkeit macht Windkraft in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern weniger wirtschaftlich. Wir Freie Demokraten fordern daher, dass das Tempo bei energiepolitischen Planungen beschleunigt und unnötige Bürokratie abgebaut wird.

#### **Zu Ziffer 3:**

Die Wissenschaft ist frei von jeglichen politischen Weisungen und die Erforschung von Instrumenten, die unser Leben und Wirtschaften umweltfreundlicher machen, sollte aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion technologieoffen geschehen. Dies schließt die Forschung und Entwicklung von Energieeffizienz- sowie Speichertechnologien und auch die Kernfusionsforschung mit ein.

### **Workshop 2 – Mobilität**

#### **Zu Forderung 1:**

Wir Freien Demokraten begrüßen den Radverkehr als umweltfreundliche Form der Mobilität und treten für die Stärkung dieses Verkehrsträgers ein. Hierzu gehören für uns auch eine gute Qualität der Wege sowie die Gewährleistung der erforderlichen Sicherheit. Sichere Abstellmöglichkeiten erleichtern intermodale Reiseketten.

#### **Zu Forderung 2:**

On-Demand-Verkehre sind für uns Freie Demokraten ein wichtiges Instrument, um dort öffentliche Verkehre anzubieten, wo sich Linienverkehre nicht wirtschaftlich darstellen lassen. Insbesondere im Zusammenhang mit der Digitalisierung ergeben sich hier komfortable und effiziente Möglichkeiten.



### **Zu Forderung 3:**

Die Einsparungen durch die Aufhebung des sogenannten Dienstwagenprivilegs sind schwer abzuschätzen, da es sich lediglich um eine Vereinfachungsregel für die Steuererklärung handelt. Als Freie Demokraten betrachten wir diese Maßnahme jedoch nicht als sozial ungerecht, da sie eine Erleichterung für selbstständige Hebammen oder Mitarbeiter im Pflegedienst darstellt, die dann nicht zusätzlich ein Fahrtenbuch führen müssen. Wir möchten diese Personen nicht dazu zwingen, den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen und verstehen dies als Unterstützung für ihre berufliche Tätigkeit.

## **Workshop 3 – Digitalisierung**

### **Zu Forderung 1:**

In unserer heutigen modernen Arbeitswelt sind Kompetenzen im Bereich der Medien, des Datenschutzes sowie im Umgang mit künstlicher Intelligenz und digitalen Endgeräten unerlässlich. Entsprechende Schulungen für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte sind bereits Standard und werden regelmäßig angeboten. Schülerinnen und Schüler lernen die notwendigen Kompetenzen an den Schulen, für Arbeitnehmer werden ebenfalls zahlreiche Schulungen angeboten. Eine Kompetenzoffensive für alle Bürgerinnen und Bürger des Landes ist aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion daher weder notwendig noch ist diese umsetzbar.

### **Zu Forderung 2:**

Wir Freie Demokraten sind der vollsten Überzeugung, dass es sowohl eine angemessene IT-Ausstattung für alle Lehrkräfte und Schülerinnen und Schülern als auch eine entsprechende IT-Infrastruktur braucht (WLAN, schnelles Internet usw.). Die Lehrkräfte müssen ebenfalls einen breiten und unkomplizierten Zugang zu IT-Schulungen erhalten. Aufgrund der unterschiedlichen Anforderungen bei den Schularten ist jedoch die schulische Freiheit bei der Auswahl von Hard- und Software zu gewährleisten. Allerdings setzen wir Freie Demokraten uns für eine sogenannte White List seitens des Kultusministeriums ein, damit Klarheit darüber besteht, welche Hard- oder Software bedenkenlos beschafft und genutzt werden kann. In diesem Kontext unterstützen wir dabei den geplanten DigitalPakt 2.0 auf Bundesebene.

### **Zu Forderung 3:**

Wir Freie Demokraten begreifen Digitalisierung als Chance, aber auch als globale Entwicklung die wir aktiv mitgestalten wollen und müssen, um nicht abgehängt zu werden. Gleichzeitig kann Digitalisierung auch einen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit leisten – zum Beispiel durch KI-gesteuerte Verwaltungsdienstleitungen. Um im internationalen Vergleich nicht abgehängt zu werden, setzen wir uns für ein flächendeckendes Glasfasernetz, die Umsetzung einer Open-Data-Strategie sowie für ein eigenständiges Digitalisierungsministerium ein, um Digitalisierung endlich zur Chefsache machen zu können.



## **Workshop 4 – Bildung**

### **Zu Forderung 1:**

Wir Freie Demokraten unterstützen eine stärkere politische Bildung im Unterricht ausdrücklich und haben hierzu auch bereits eine parlamentarische Initiative samt entsprechenden Beschlussteil an die Landesregierung eingereicht (Drucksache 17/2528).

### **Zu Forderung 2:**

Eine ausgeprägte Praxisorientierung bereits im Studium stellt sicher, dass die angehenden Lehrkräfte auf die Arbeitsrealität an den Schulen vorbereitet werden. Im Vorbereitungsdienst werden dann die für die Berufsausübung notwendigen pädagogischen und fachdidaktischen Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt. Eine fundierte theoretische Grundlage ist jedoch – wie in allen akademischen Berufen – unabdingbar.

### **Zu Forderung 3:**

Die FDP/DVP-Fraktion setzt sich für die Rückkehr zu G9 in der Regelform ein und begrüßt den entsprechenden Volksantrag daher ausdrücklich. Selbstverständlich kann bei genügend Interessenten G8 als Schnellläuferzug erhalten bleiben. Bezüglich der Forderung nach mehr Kombinationsmöglichkeiten in der Kurswahl verweisen wir ebenfalls auf unseren o.g. Antrag (Drucksache 17/2528).

## **Workshop 5 – Politische Bildung und Demokratiebildung**

### **Zu Forderung 1:**

Die Forderung nach einem jährlich verbindlich stattfindenden Demokratietag an allen Schularten halten wir Freie Demokraten grundsätzlich für unterstützenswert, die individuelle Ausgestaltung und Umsetzung sollte jedoch den jeweiligen Schulen und Lehrkräften überlassen bleiben.

### **Zu Forderung 2:**

Wir Freie Demokraten halten es für richtig und wichtig, verstärkt auf die verschiedenen Möglichkeiten der politischen Partizipation aufmerksam zu machen. Für die Demokratiebildung halten wir jedoch eine teure Werbekampagne für ungeeignet.

### **Zu Forderung 3:**

Die Forderung, Kommunen zu verpflichten, mindestens eine 50%-Stelle für Jugendbeteiligung und Jugendgremien zu schaffen, lehnen wir Freie Demokraten ab. Auch wir begrüßen die stärkere politische Beteiligung Jugendlicher, eine entsprechende 50%-Stelle in jeder baden-württembergischen Kommune ist jedoch finanziell nicht realisierbar und würde die Kommunen zum Teil erheblich einschränken. Wir unterstützen stattdessen Ideen zur Findung und Umsetzung individueller Lösungen für eine stärkere Jugendbeteiligung vor Ort.



## **Workshop 6 – Jugendbeteiligung und Junges Engagement**

### **Zu Forderung 1:**

Ein entsprechendes Jugendgremium wäre zwar prinzipiell sinnvoll, ein ständiges und parteiunabhängiges Rede- und Antragsrecht eines Jugendgremiums im Plenum sowie den Ausschüssen lehnen wir Freie Demokraten jedoch mit Verweis auf die zahlreichen Möglichkeiten der politischen Partizipation ab. Zudem wird bei Gesetzesentwürfen allen thematisch relevanten Verbänden die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben.

### **Zu Forderung 2:**

Den Austausch mit politischen Akteuren an Schulen sowie die Aufklärung über Möglichkeiten der politischen Partizipation halten wir Freie Demokraten für wichtig und unabdingbar. Die Einbindung Jugendlicher sollte jedoch individuell und flexibel an die Gegebenheiten der jeweiligen Kommune vor Ort angepasst werden können.

### **Zu Forderung 3:**

Die Forderung, wonach Schulen (politisches) Engagement stärker unterstützen und fördern sollten, halten wir Freie Demokraten grundsätzlich für richtig. Allerdings muss die schulische Neutralität gewahrt bleiben und das Engagement außerhalb der Unterrichtszeiten erfolgen.

## **Workshop 7 – Gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit**

### **Zu Forderung 1:**

Die Bereitstellung von kostenlosen Menstruationsprodukten in allen öffentlichen Einrichtungen ist eine sinnvolle Maßnahme, um die Zahl der von Periodenarmut betroffenen Personen zu reduzieren. Die FDP/DVP-Fraktion setzt sich daher bereits seit längerem für die Umsetzung dieser Forderung ein.

### **Zu Forderung 2:**

Die Einführung einer Art digitalen Suchmaschine, welche alle staatlichen Leistungen sowie bereits bestehende Teilhabeangebote bündelt, halten wir Freie Demokraten für eine gute Idee. Es gilt jedoch zunächst die bereits vorhandenen Angebote zu prüfen und gegebenenfalls zu optimieren, um Doppelstrukturen zu vermeiden.

### **Zu Forderung 3:**

Wir Freie Demokraten halten die verstärkte Kooperation von Schulen und externen Akteuren wie beispielsweise Vereinen für sinnvoll und unerlässlich. Statt einer landesweiten Initiative zur Kooperation braucht es aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion jedoch einen landesweiten Rahmen, welcher entsprechende Vorgaben und Qualitätskriterien regelt. Welche Kooperationen abgeschlossen werden, sollte flexibel und individuell an die Gegebenheiten vor Ort angepasst werden können.



## **Workshop 8 – Queer Baden-Württemberg**

### **Zu Forderung 1:**

Die Sensibilisierung sowie entsprechende Schulung von Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften bezüglich Diversität und Vielfalt ist unerlässlich. Da jedoch in Baden-Württemberg ein breites Fortbildungs- und Unterstützungsangebot zur Verfügung gestellt wird, welches auch die o.g. Themen umfasst, halten wir Freie Demokraten die zusätzliche Einführung einer entsprechenden verpflichtenden Fortbildung nicht für notwendig.

### **Zu Forderung 2:**

Eine generelle Verpflichtung in allen Formularen oder schriftlichen Angaben die Möglichkeit einzuführen, ein unbestimmtes Geschlecht und/oder eine geschlechtsneutrale Anrede auszuwählen, lehnt die FDP/DVP-Fraktion aufgrund der daraus resultierenden rechtlichen Konsequenzen sowie des Bürokratieaufwandes ab. Allerdings ist sowohl in offiziellen Formularen staatlicher Behörden als auch in Formularen anderer Akteure (Unternehmen, Vereinen, etc.) bereits meist eine entsprechende Auswahlmöglichkeit gegeben.

### **Zu Forderung 3:**

Die Verpflichtung, bei Renovierung und Neubau öffentlicher Gebäude eine genderneutrale Toilette zu gestalten, sieht die FDP/DVP-Fraktion aufgrund daraus resultierender baulicher und finanzieller Konsequenzen kritisch. Zudem sind im öffentlichen Raum bereits häufig Unisex-Toiletten ausgewiesen.

## **Workshop 9 – Mentale Gesundheit**

### **Zu Forderung 1:**

Informations- und Präventionsangebote zu mentaler Gesundheit sind – auch vor dem Hintergrund der Enttabuisierung – wichtig, eine gesonderte Verankerung im Bildungsplan aller Schularten hält die FDP/DVP-Fraktion jedoch nicht für notwendig.

### **Zu Forderung 2:**

Die Verfügbarkeit von Therapieplätzen hängt unmittelbar mit den zur Verfügung stehenden therapeutischen Fachkräften zusammen und kann daher nicht ohne entsprechend zusätzliche Fachkräfte erhöht werden. Wir Freie Demokraten setzen uns daher für einen Bürokratieabbau, einem erleichterten Zugang zur Ausbildung in allen Bereichen der gesundheitlichen Berufe sowie einer bedarfsgerechten Weiterentwicklung des Zugangs und Angebots im Fach Psychologie ein.

### **Zu Forderung 3:**

Der Zugang zu einem Studium im Fach Psychologie wird limitiert durch die Zahl der verfügbaren Studienplätze. Wir Freie Demokraten wollen das Studienangebot bedarfsgerecht weiterentwickeln. Mit der Einführung des Eignungstests Psychologie im Jahr 2022 wurde zumindest bereits der zu enge Fokus auf die Abiturnote gelockert, um die Passung von Studierenden mit den Anforderungen und Inhalten der Studiengänge zu steigern.



## **Workshop 10 – Mein Thema für Baden-Württemberg**

### **Zu Forderung 1:**

Die Stärkung der inneren Sicherheit sowie des Sicherheitsgefühls der gesamten Bevölkerung ist uns Freien Demokraten ein wichtiges Anliegen. Unsere Polizistinnen und Polizisten leisten tagtäglich hervorragende Arbeit und absolvieren regelmäßig verschiedene Schulungen – die Polizei unter Generalverdacht zu stellen, erachten wir daher als nicht zielführend.

### **Zu Forderung 2:**

Die Rentenpolitik obliegt dem Bund, daher kann die Forderung nach einem stärkeren Fokus der Landespolitik auf das Thema Rente nicht umgesetzt werden. Wir Freie Demokraten setzen uns in der aktuellen Bundesregierung für die Einführung einer gesetzlichen Aktienrente ein, um für die Demografiefestigkeit zu sorgen und die Rente nachhaltig und langfristig zu stärken.

### **Zu Forderung 3:**

Es ist für uns Freie Demokraten selbstverständlich, Herausforderungen zu lösen, bevor Rechtswidrigkeiten entstehen. Eine staatliche Ignoranz ist aus unserer Sicht nicht gegeben.